

mit Schwerpunkt **Energiemarkt**

Wettbewerb in Europa – Europa im Wettbewerb



von links: Martin Hellwig, Jürgen F. Strube, Wolfgang Franz, Wolfgang Wiegard

Zum ZEW-Wirtschaftsforum 2005 begrüßte ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz am 24. Juni 2005 rund 200 Teilnehmer in Mannheim. Die Veranstaltung bot mit Vorträgen und Diskussionen zum Thema Wettbewerb in Europa eine breite Themenpalette zu einer aktuellen Fragestellung.

Den Auftakt des ZEW Wirtschaftsforums 2005 bildete eine Podiumsdiskussion zum Thema „Herausforderungen an die Wirtschaftspolitik in Europa“. Prof. Dr. Dr. h.c. Jürgen F. Strube, Präsident des Dachverbands der europäischen Industrie- und Arbeitgeberverbände, sprach hierbei zum „Wettbewerb der Standorte im erweiterten Europa“. Traditionell, so Strube, seien es Unternehmen, die konkurrierten. Es gebe aber auch den Wettbewerb von Standorten und Ländern, etwa um Wertschöpfung oder Arbeitsplätze. Aufgabe der Politik sei es, vorteilhafte

Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu schaffen. Wichtig sei für Investoren vor allem politische und soziale Stabilität.

Durch die EU-Osterweiterung habe man „zehn Länder hinzugewonnen“. Durch diese große Leistung eröffneten sich neue Chancen. Aus Sicht der Unternehmen herrschten dort gute Bedingungen: Politische Stabilität sei gewährleistet, der Ausbildungsstand der Bevölkerung sei hoch und die Arbeitskosten niedrig. Dies sichere auch in Deutschland Arbeitsplätze, denn es ermögliche deutschen Unternehmen, aufgrund einer Mischkalkulation Güter hierzulande nach wie vor zu vernünftigen Preisen zu produzieren. So würde eine Grundversion des VW-Golf, der komplett aus in Deutschland gefertigten Teilen zusammgebaut würde, 32.000 Euro kosten. Tatsächlich könne er aber aufgrund von Zulieferungen aus dem Ausland für 17.000 Euro angeboten werden.

Europas Wettbewerbsvorteile, so Strube, lägen eindeutig auf dem Gebiet der Innovation. Europa müsse künftig allerdings die Chancen seiner Vielfalt besser nutzen. Es biete sich die Möglichkeit, verschiedenste Reformen anzupacken und zu erkennen, welche Maßnahmen erfolgreich seien und als Modell für andere dienen könnten. Auf diese Weise könne Europa die eigene Zukunft aktiv gestalten.

Industriepolitik in Europa

Prof. Dr. h.c. Martin Hellwig, Ph.D., Direktor des Max-Planck-Instituts zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern und Mitglied der Monopolkommission, beschäftigte sich in seinem Vortrag mit der Frage „Industriepolitik in Europa: Brauchen wir (nationale oder europäische) Champions?“. Hellwig vertrat die An-

IN DIESER AUSGABE

ZEW Wirtschaftsforum 2005	1
REITs als Anlageinstrument im deutschen Immobilienmarkt	4
Rahmenbedingungen für Private Equity-Geschäft in Deutschland ...	5
Beschäftigungswirkung von Innovationen ..	6
Unternehmenssteuerbelastung in Europa bei harmonisierter Bemessungsgrundlage	7
Computernutzung von älteren Beschäftigten unterdurchschnittlich.	8
ZEW Summer Workshop: Erweiterung der Europäischen Währungsunion	9
Neuerscheinungen, Termine	10
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

ZEW-WIRTSCHAFTSFORUM

sicht, dass Kommunen, Länder und auch Europa Champions grundsätzlich brauchen – die Frage sei nur, welche. Es werde gefordert, die EU-Förderung auf nationale oder europäische Champions zu konzentrieren. Die Politik wisse jedoch nicht, welche Branchen mittelfristig für Deutschland und Europa die wichtigsten seien. Da könne es durchaus passieren, dass Milliarden verschwendet würden.

Hellwig konstatierte auf Seiten der Politik drei wesentliche Denkfehler. Zum ersten verwechsle sie die Betriebs- mit der Volkswirtschaftslehre. Es sei ein Irrglaube, dass sich Volkswirtschaften im Wettbewerb befänden. Dies treffe ausschließlich auf Input- und Outputmärkte zu. Der zweite Denkfehler sei, dass man es der Bürokratie überlasse, die Gewinner der Zukunft auszuwählen. Dies führe oft zur Konzentration auf althergebrachte Industrien, wodurch neue, lohnende Technologiefelder vernachlässigt würden. Zum Dritten vergesse man die Rolle des Staats als Lieferant von Infrastruktur, etwa für Grundlagenforschung oder regulatorische Rahmenbedingungen.

Steuerwettbewerb in Europa

Prof. Dr. Wolfgang Wiegand, Universität Regensburg und Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, stellte in seinem Vortrag die Chancen und Risiken eines Steuerwettbewerbs in Europa heraus. Der Steuerwettbewerb habe für sinkende Steuersätze in Europa gesorgt. Unternehmen berücksichtigten jedoch nicht die Steuersätze, sondern die effektive Durchschnittsteuerbelastung bei der Wahl des Standorts. Diese sei in Deutschland europaweit am höchsten. Wiegand bescheinigte dem komplizierten deutschen Steuersystem nur bedingte Europatauglichkeit.

Wiegand sagte, dass die Steuerdiskussion in Deutschland fehlgeleitet sei. Man habe sich lange vor allem auf die Ausgestaltung der Einkommensteuer konzentriert, dabei komme es auf die Unternehmensbesteuerung an. Ziel einer Reform der Unternehmensbesteuerung müsse sein, die Standortattrakti-

vität durch Senkung der tariflichen Unternehmenssteuerbelastung auf 25 Prozent zu verbessern, Finanzierungs- und Rechtsformneutralität durch Einmalbelastung der (Grenz-)Investitionserträge mit 25 Prozent zu gewährleisten und die Besteuerung durch Abgeltungssteuern auf Dividenden, Gewinne aus Anteilsveräußerungen und Zinsen zu vereinfachen. Bei einer Übertragung auf Personengesellschaften dürfe man die Unternehmensebene nicht von der Personenebene trennen. Die Gewinne sollten einmalig im Jahr der Entstehung besteuert werden. Die Normalverzinsung des Nettobuchkapitals solle mit maximal 5 Prozent versteuert werden. So ergebe sich eine annähernd rechtsformneutrale Besteuerung von (Grenz-)Investitionen.

Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Automobilindustrie

An die Podiumsdiskussion schloss sich eine Präsentation aktueller Forschungsergebnisse des ZEW an. Oliver Heneric präsentierte eine Studie zur Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Automobilindustrie. Weltweit werde die Automobilindustrie getragen von den drei Säulen USA, Asien und Europa. Diese Dreiteilung erkenne man auch an den Top Ten der Automobilindustrie: Toyota stehe an der Spitze, gefolgt von Volkswagen und General Motors.

Die heimische Nachfrage sei wichtig für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Automobilindustrie. So seien beispielsweise 60 Prozent aller Neuzulassungen in Frankreich Autos von französischen Herstellern, in Deutschland liege dieser Anteil mit 65 Prozent noch höher. Europäische Autos seien auch in den USA gefragt, vor allem Fahrzeuge der Luxusklasse verkauften sich dort gut.

Die EU-Erweiterung biete Europa Chancen. So seien die Zulassungszahlen in Osteuropa in den vergangenen Jahren zwischen 30 und 68 Prozent gestiegen. Aufgrund der geringen Löhne und der hohen Produktivität hätten sich 27 Prozent aller neuen Zulieferer in Osteuropa angesiedelt, was es den europäischen Automobilherstellern ermögliche, wei-

terhin zu wettbewerbsfähigen Preisen zu produzieren.

Entwicklung der privaten Vermögen

Dr. Peter Westerheide stellte eine Studie zur Entwicklung der privaten Vermögen in Deutschland vor. In der Erhebung 2003 der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe wiesen die privaten Haushalte im Durchschnitt für Deutschland ein materielles Nettogesamtvermögen (Summe von Immobilienvermögen und Geldvermögen) von rund 133.000 Euro aus. In den vergangenen zehn Jahren seien die Nettovermögen der Haushalte damit im Durchschnitt um knapp 26 Prozent gestiegen. Während die privaten Haushalte in Westdeutschland im Durchschnitt über ein Geld- und Immobilienvermögen von rund 149.000 Euro verfügten, umfassten die Vermögen der ostdeutschen Haushalte im Durchschnitt nur knapp 60.000 Euro. Jedoch habe sich der Abstand zwischen ost- und westdeutschen Haushalten im Zeitverlauf erheblich verringert.

Bei der Verteilung des Sozialvermögens falle auf, dass die durchschnittlichen kapitalisierten Ansprüche an die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) in Westdeutschland eine ähnliche Größenordnung wie das in den jeweiligen Altersgruppen erworbene materielle Vermögen hätten, in Ostdeutschland dagegen seien sie mehr als doppelt so hoch. Daher überzeichne eine alleinige Betrachtung der materiellen Vermögensverteilung die Ungleichheit der Verteilung des Vermögens in West- und Ostdeutschland.

Non-Profit-Organisationen

Dr. Margit Kraus sprach über Non-Profit-Organisationen (NPO) – im Wesentlichen Stiftungen, gemeinnützige Vereine und gemeinnützige GmbHs – in Deutschland. Einer Hochrechnung des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung zufolge zählten im Jahr 2000 76.000 Betriebe mit 1,9 Millionen bezahlten Beschäftigten zu den NPOs. Die wichtigsten Betätigungsfelder von NPOs

ZEW-WIRTSCHAFTSFORUM

in Deutschland seien das Gesundheitswesen und Soziale Dienste.

Ökonomisch sei die staatliche Förderung von NPOs zu begründen, sofern die bereitgestellten Leistungen nennenswerte positive externe Effekte aufwiesen. Kritisch zu sehen sei allerdings die einheitliche steuerliche Entlastung aller gemeinnützigen NPOs unabhängig von der Art der von ihnen angebotenen Leistungen. Mit Blick auf die Diskussion um das deutsche Gemeinnützigkeitsrecht auf EU-Ebene wird daher die Praxis, die steuerliche Begünstigung mit der Gemeinnützigkeit anstatt mit den konkreten Aktivitäten der NPOs zu verknüpfen, zu überdenken sein. Im Hinblick auf die steuerliche Abzugsfähigkeit von Spenden beim Spender sei der gegenwärtige Abzug vom Gesamtbetrag der Einkünfte kritikwürdig, da eine solche progressive Entlastung Spender mit höheren Einkommen stärker begünstige. Hinsichtlich staatlicher Zuwendungen an die NPOs sei besonders die Förderung durch Fehlbedarfsfinanzierung kritisch zu sehen, da sie private Spenden zurückdränge und auf die Einwerbung von Eigenmitteln anreizhemmend wirke.

Trichet betont monetäre Stabilität im Euroraum

In seinem Vortrag zum Abschluss des ZEW-Wirtschaftsforums sprach der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) über Chancen und Herausforderungen der Geldpolitik in der Europäischen Währungsunion (EWU). Jean-Claude Trichet betonte, die EWU sei ein großer Erfolg, insbesondere, wenn man sich vor Augen halte, welche ökonomischen Schocks den Euroraum seit Einführung des Euros heimgesucht hätten. Seit 1999 – also seit die EZB für die Geldpolitik im Euroraum zuständig sei – habe die Inflation bei zwei Prozent gelegen, also sehr nah am mittelfristigen Ziel der EZB. Die Inflationserwartungen seien in den vergangenen Jahren äußerst stabil gewesen, was vor allem auf die glaubwürdige und transparente Politik der EZB zurückzuführen sei. Die derzeit niedrigen kurz- und langfristigen Zinsen seien die Grund-

lage für günstige finanzielle Bedingungen, die ohne stabile Inflationserwartungen nicht denkbar seien.

Des Weiteren sei bemerkenswert, wie stark die Volatilität makroökonomischer Variablen wie etwa des realen Bruttoin-

de nicht Konvergenzprozesse widerspiegeln, sondern strukturelle Defizite in den einzelnen Ländern. Diese Unterschiede sollten nicht mit Hilfe der Geldpolitik angegangen werden, sondern mit strukturellen Reformen. Maßnahmen,



EZB-Präsident Jean-Claude Trichet

landsprodukts (BIP) und des Beschäftigungswachstums mit dem Konvergenzprozess in den 1990er Jahren abgenommen habe. Die Inflationsrate habe sich trotz einiger Schocks auf einem niedrigen Niveau stabilisiert. Bei den langfristigen Zinsen habe die Volatilität abgenommen. Während sie in den 1990er Jahren noch doppelt so stark wie in den USA gewesen sei, habe sich das Bild in den vergangenen sechs Jahren umgekehrt.

Der hohe Grad an monetärer Stabilität stehe jedoch im Gegensatz zur ungenügenden Flexibilität einiger Länder im Euroraum. Daraus erkläre sich, warum der Erfolg der EWU nicht überall mit höherem realem Wachstum und steigender Arbeitsproduktivität einhergegangen sei.

Regionale Unterschiede

In letzter Zeit sei das Interesse an dem Auseinanderdriften der einzelnen Länder im Euroraum gewachsen. Trichet erklärte, dass es solche regionalen Disparitäten in großen Währungsräumen weltweit gebe. So seien die Unterschiede im Euroraum keineswegs größer als die innerhalb der Vereinigten Staaten.

Es gebe jedoch auch Fälle, in denen anhaltende reale Wachstumsunterschie-

die den Wettbewerb der Unternehmen stärkten und die Flexibilität des Arbeitsmarkts förderten, seien notwendig, da sie die Anreize für Unternehmen erhöhten, in reales Kapital und in Humankapital zu investieren und so neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Euro eine starke Währung

Zum Schluss seiner Rede wies Trichet darauf hin, dass die Länder, die vor Einführung des Euros eine starke Währung gehabt hätten – wie Deutschland –, vom Euro profitierten. Die Kaufkraft der Deutschen sei aufgrund billiger Importe gestiegen, und die Beschäftigung sei vom Wirtschaftswachstum gestützt worden.

Ein hoher Grad an Wettbewerb und eine funktionierende Marktwirtschaft seien essenziell für die Schaffung neuer Arbeitsplätze, hohe reale Löhne und einen höheren Lebensstandard. Es sei jedoch nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen wichtig. Vielmehr komme es auch darauf an, funktionierende Arbeitsmärkte aufzubauen und Anreize für Investitionen in Humankapital zu schaffen, um so die Wettbewerbsfähigkeit von Arbeit sicherzustellen.

Katrin Voß, voss@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

REITs als Anlageinstrument im deutschen Immobilienmarkt

Real Estate Investment Trusts (REITs) stellen eine sinnvolle Ergänzung des Anlagespektrums im deutschen Immobilienmarkt dar. Sie ermöglichen ein professionelles Anlagemanagement, sind fungibler als direkte Immobilienanlagen und weisen ein anderes Rendite-Risiko-Profil als offene und geschlossene Immobilienfonds auf. Insbesondere institutionelle Anleger haben großes Interesse an REIT-Investments. Zu diesen Ergebnissen kommt ein Gutachten, das das ZEW gemeinsam mit der European Business School (ebs) im Auftrag des Bundesfinanzministeriums erstellt hat.

Immobilienanlagegesellschaften, die nach dem Vorbild der US-amerikanischen REITs konstruiert sind, sind mittlerweile in vielen Ländern verbreitet. Sie haben folgende gemeinsame Merkmale:

arten hat sich der Wert von REITs im Allgemeinen vor allem nach der Jahrtausendwende gut entwickelt (siehe Grafik).

Einführung von REITs in Deutschland

Die Einführung von REITs wird auch in Deutschland erwogen. Aus diesem Anlass haben ZEW und ebs ein Best-Practice-Konzept für einen deutschen REIT entwickelt, das die Erfahrungen im Ausland und die besonderen Rahmenbedingungen am deutschen Immobilienmarkt berücksichtigt. Um breite Marktakzeptanz bei privaten wie institutionellen Investoren zu erreichen, sollten deutsche REITs als Aktiengesellschaften firmieren, die den Rechnungslegungsvorschriften für AGs unterliegen, aber auch weiter gehende Publizitätspflichten er-

füllen müssen. Im Gegenzug sollten diese Erträge auf Ebene des REIT von der Gewerbe- und Körperschaftsteuer befreit sein. Die Besteuerung der Immobilienerträge wird ganz auf die Ebene des Investors verlagert: Inländische Anleger werden mit dem persönlichen Einkommensteuersatz oder dem vollen Körperschaftsteuersatz veranlagt. Damit würde das Investment in REITs weitgehend der Direktanlage in Immobilien gleichgestellt.

Besteuerung ausländischer Anleger

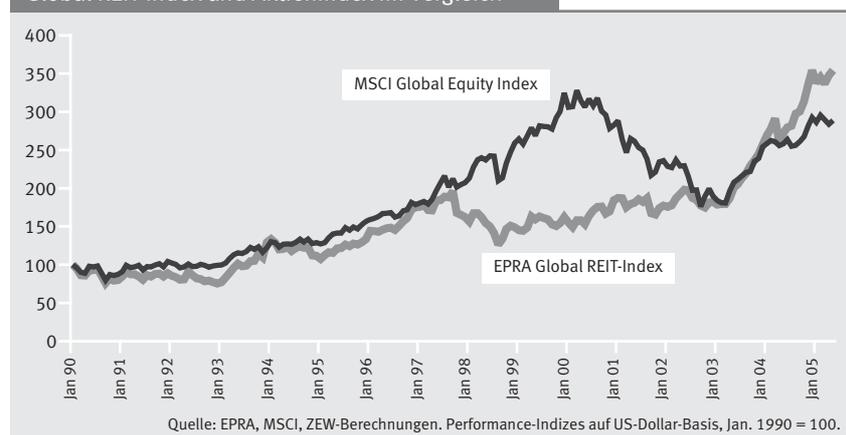
Ein Problem stellt die Besteuerung ausländischer Anleger dar. Sofern Vergünstigungen aus Doppelbesteuerungsabkommen in Anspruch genommen werden können, können Dividendeneinkünfte von Ausländern aus REITs im Inland bei wesentlicher Beteiligung nicht mehr wirksam besteuert werden. Hier lässt sich schwer eine Alternative konstruieren, die breite Anlegerakzeptanz findet, alle rechtlichen und fiskalischen Risiken vermeidet und schnell umsetzbar ist.

Zur Sicherung der Quellenbesteuerung der inländischen Immobilienerträge ausländischer Anleger werden in der Studie drei Gestaltungsvarianten geprüft. Dazu gehören eine vollständige Körperschaftsteuerbefreiung des REIT, eine Umqualifizierung der Dividendeneinkünfte in Einkommen aus Vermietung und Verpachtung und eine Regelung mit einer Höchstbeteiligungsquote von 9,9 Prozent. Lediglich eine vollständige Körperschaftsteuerbefreiung des REIT ist rechtlich unbedenklich, aber nicht frei von fiskalischen Risiken. Die anderen Alternativen sind dagegen aus abkommens- oder europarechtlicher Sicht anfechtbar, eine Begrenzung der Beteiligungsquote ist insbesondere für institutionelle Anleger weniger attraktiv.

Die Studie kann im Internet unter www.zew.de/REITS bestellt werden.

Dr. Peter Westerheide, westerheide@zew.de

Global REIT Index und Aktienindex im Vergleich



Das Einkommen muss zum größten Teil aus Immobilienerträgen stammen und das Vermögen zum größten Teil aus Immobilien bestehen. Auf Ebene der Gesellschaften werden unter bestimmten Umständen keine Ertragssteuern fällig, die Erträge werden vorwiegend beim Anleger versteuert. REITs müssen ihren Gewinn je nach nationaler Regulierung zu 80 bis 100 Prozent an die Anteilseigner ausschütten. Relativ zu anderen Aktien-

füllen müssen. Eine Börsennotierung ist grundsätzlich anzustreben, um höchstmögliche Markttransparenz und Fungibilität der Anteile zu erreichen. Der Börsengang sollte aber keine Pflicht sein, da das dafür erforderliche Kapitalmarktumfeld in Deutschland noch nicht ausreichend entwickelt ist. REITs sollten ihre Erträge vorwiegend aus immobilienbezogenen Aktivitäten erwirtschaften und zu einem hohen Grad an die Anleger aus-

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Rahmenbedingungen für Private Equity-Geschäft in Deutschland

Bei den Rahmenbedingungen für Private Equity in Deutschland muss im Vergleich zu den wichtigsten Konkurrenzmärkten nachgebessert werden. Indessen sind entsprechende Veränderungen bereits im Gange. So wurden in den vergangenen Monaten einige wichtige Entscheidungen, insbesondere in der Besteuerung, getroffen, die die Attraktivität des Standorts Deutschland für Private Equity-Investitionen erhöhen. Dies zeigt ein Gutachten des ZEW im Auftrag des Bundesfinanzministeriums.

Die meistens aus den USA und Großbritannien stammenden Private Equity-Fonds sind seit Mitte der 1990er Jahre verstärkt auch in Deutschland aktiv. Sie beteiligen sich an Unternehmen, die sie auf- oder umbauen und abschließend verkaufen. Das Volumen an solchen Transaktionen in Deutschland hat zum Ende der 1990er Jahre stark zugenommen. Die Abbildung zeigt das jährliche Volumen an Private Equity-Investitionen der Mitglieder des Bundesverbands deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften, der nach eigenen Angaben etwa 90 bis 95 Prozent des einheimischen Private Equity-Markts abdeckt.

Das Private Equity-Geschäft ist zwar riskant, allerdings locken im Erfolgsfall auch hohe Renditen. Staatliche Rahmenbedingungen, die das Rendite-Risikoprofil von Private Equity-Investitionen verbessern, können die Standortattraktivität für diese Art von Finanzinvestoren entscheidend verbessern.

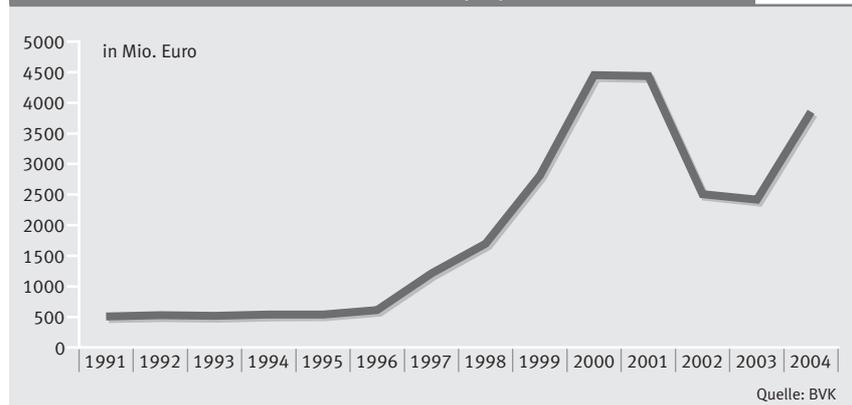
Die Stärken...

Die Änderungen in der Besteuerung von Private Equity-Fonds und ihrer Investoren in Deutschland (insbesondere das BMF-Schreiben vom 16. und 23.12. 2003 sowie das Gesetz zur Förderung von Wagniskapital vom 30.7.2004) sind unter diesem Blickwinkel zu begrüßen. Sie bringen eine höhere Rechtssicherheit für Private Equity-Fonds und ihre Investoren. Gleichzeitig verbessern sie die steuerlichen Bedingungen für Private Equity-Investitionen im internationalen Vergleich erheblich, und zwar bei der Besteuerung des Carried Interest (des erhöhten Anteils

der Private Equity-Manager am erzielten Gewinn), der Management Fee (der Verwaltungsvergütung des Fonds) und bei

Weitere Hindernisse für eine stärkere Verbreitung der Private Equity-Finanzierung in Deutschland stellen die im internationalen Vergleich geringe Liquidität der deutschen Kapitalmärkte und das Fehlen eines Segments für Börsengänge junger Unternehmen dar, die eine Veräußerung der Beteiligungen über die Börse erheblich erschweren. Auch ist die überwiegend umlagefinanzierte Alters-

Jährliche Bruttoinvestitionen von Private Equity-Fonds in Deutschland



der Herstellung der steuerlichen Transparenz der Fonds. Auch die in Deutschland geltende Besteuerung der Veräußerungsgewinne, die von Investoren in Private Equity-Fonds erzielt werden, ist im internationalen Vergleich günstig.

... und die Schwächen

Handlungsbedarf besteht allerdings weiterhin, insbesondere bei der Frage, ob der einzelne Private Equity-Fonds als private Vermögensverwaltung einzustufen ist. Bisher wird dies erst im Nachhinein entschieden. Es bleibt für die Investoren somit unklar, wie hoch ihre Gewinne in der Zukunft besteuert werden. Bei den steuerlichen Rahmenbedingungen sind ferner die Verlustverrechnung und die Regelungen im Hinblick auf die Gesellschafterfremdfinanzierung in Deutschland im internationalen Vergleich unvorteilhaft.

vorsorge in Deutschland kein guter Nährboden für Pensionsfonds, die Private Equity-Unternehmen als finanzstarke Investoren benötigen. Darüber hinaus wirken sich auch die Inflexibilitäten an den Arbeitsmärkten, die Regulierung der potenziellen Kapitalgeber sowie die verbleibenden bürokratischen Hemmnisse für Unternehmen ungünstig auf die Tätigkeit der Private Equity-Fonds aus. Allerdings wurden auch in einigen dieser Punkte wesentliche Verbesserungen oder zumindest Vorschläge, die in die richtige Richtung zielen, auf den Weg gebracht. Hierzu gehören zum Beispiel die Stärkung der zweiten und dritten Säule der Altersvorsorge sowie die Deregulierungsbemühungen im Hinblick auf den Arbeitsmarkt und die bürokratischen Hürden für Unternehmen.

Die Studie kann unter www.zew.de/PE bestellt werden.

Dr. Tereza Tykrová, tykvoval@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Beschäftigungswirkung von Innovationen

Die Förderung von Innovationen ist erklärtes politisches Ziel nahezu aller Parteien. Damit sollen nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft gesteigert werden, sondern auch das Wachstum stimuliert und zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Aktuelle Untersuchungen des ZEW zeigen, dass von Produktinnovationen tatsächlich positive Nettobeschäftigungseffekte ausgehen, während der Nettobeschäftigungseffekt von Prozessinnovationen neutral ist.

Innovationen werden in der aktuellen wirtschaftspolitischen Debatte primär als ein Instrument gesehen, um über die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen bestehende Arbeitsplätze zu sichern und/oder neue zu schaffen. Es gibt jedoch sowohl Mechanismen, über die Innovationen existierende Arbeitsplätze vernichten können, als auch Wirkungskanäle, die die Arbeitsnachfra-

tionen hingegen resultieren im Wesentlichen aus Nachfrageeffekten. Kann ein Unternehmen sein neues Produkt erfolgreich im Markt platzieren, wirkt diese Nachfrageerhöhung tendenziell beschäftigungsfördernd.

Die indirekten Effekte von Produktinnovationen werden bestimmt durch die Substitutionsbeziehungen zwischen den neuen und alten Produktangeboten. Bei

jekts unter Beteiligung des ZEW ein Mehrprodukt-Modell entwickelt. Das Innovationsergebnis wird dabei zum einen als Umsatzwachstum aufgrund von Produktneuheiten gemessen und zum anderen durch Effizienzgewinne infolge von Prozessinnovationen.

Beschäftigungswachstum durch Produktinnovationen

Auf Basis des Modells kann das Beschäftigungswachstum zerlegt werden. Das Beschäftigungswachstum im verarbeitenden Gewerbe Deutschlands resultierte von 1998 bis 2000 im Wesentlichen aus der Einführung von Produktinnovationen. Die allgemeinen Produktivitätseffekte (die Effekte, die nicht auf Prozessinnovationen beruhen), Prozessinnovationen und Outputeffekte bei alten Gütern hätten zusammen zu einem Beschäftigungsrückgang um zwei Prozent geführt. Dieser Beschäftigungsverlust wurde allerdings durch Produktinnovationen mehr als kompensiert. Von 2000 bis 2002 glichen sich die Beschäftigungswirkungen aus allgemeinen Produktivitätsfortschritten, Prozessinnovation und Nachfrageänderungen bei alten Gütern etwa aus, und das Beschäftigungswachstum resultierte ebenfalls vor allem aus der Einführung neuer Produkte.

Im Dienstleistungssektor tragen in erster Linie Produktinnovationen zum Beschäftigungswachstum bei, aber auch allgemeine Produktivitätseffekte, Prozessinnovationen und Nachfrageeffekte bei alten Gütern. Allerdings unterscheiden sich diese Effekte nach Konjunkturphasen deutlich. Der Nettoeinfluss von Prozessinnovationen auf die Beschäftigung ist meist negativ, quantitativ allerdings von untergeordneter Bedeutung.

Die Ergebnisse der Studie erscheinen als Band 78 der ZEW-Wirtschaftsanalyse: „Innovationen in Deutschland – Ergebnisse der Innovationserhebung 2003 in der deutschen Wirtschaft“, der im Juli 2005 erscheint.

Bettina Peters, b.peters@zew.de

Beschäftigungsveränderung in Unternehmen 1998-2000 und 2000-2002

	verarbeitendes Gewerbe		Dienstleistungsbranchen	
	1998-2000	2000-2002	1998-2000	2000-2002
Beschäftigungswachstum insgesamt	+5,9 %	+2,7 %	+10,2 %	+5,9 %
Davon:				
– allgemeiner Produktivitätstrend in der Produktion des alten Gutes	-7,5 %	+0,0 %	-3,0 %	+2,0 %
– Nettobeitrag der Prozessinnovationen in der Produktion des alten Gutes	-0,4 %	-0,3 %	+0,1 %	-0,4 %
– allgemeine Outputeffekte in der Produktion des alten Gutes	+6,0 %	+0,4 %	+5,4 %	+0,7 %
– Nettobeitrag durch Produktinnovationen	+8,0 %	+2,5 %	+7,6 %	+3,5 %

Abweichungen in der Summe durch Rundungen.

Quelle: Zeitraum 1998-2000: Harrison et al. (2004) und Zeitraum 2000-2002: ZEW (2004); Mannheimer Innovationspanel, Befragung 2003 – Berechnungen des ZEW.

ge erhöhen können. Wichtig ist dabei, zwischen verschiedenen Typen von Innovationen zu unterscheiden.

Prozess- und Produktinnovationen

Prozessinnovationen erhöhen typischerweise die Arbeitsproduktivität, was bei konstanter Güternachfrage zu einer sinkenden Arbeitsnachfrage führt. Wenn die Unternehmen Kostensenkungen in Form niedrigerer Preise an die Kunden weitergeben, erhöht dies die Nachfrage nach den Produkten der Unternehmen und so auch die Arbeitsnachfrage. Beschäftigungseffekte von Produktinno-

komplementären Nachfragebeziehungen wird durch die Innovation die Nachfrage nach den bisherigen Gütern ebenfalls zunehmen, bei substitutiven Gütern wird sie dagegen abnehmen.

Empirische Analysen zum Zusammenhang zwischen Innovationen und Beschäftigung konzentrieren sich häufig auf input-orientierte Innovationsindikatoren. Aus den im Innovationsprozess eingesetzten Ressourcen entstehen jedoch sowohl Produkt- als auch Prozessinnovationen, die die Arbeitsnachfrage unterschiedlich beeinflussen. Um dies zu berücksichtigen, wurde im Rahmen eines internationalen Forschungspro-

FORSCHUNGSERGEBNISSE

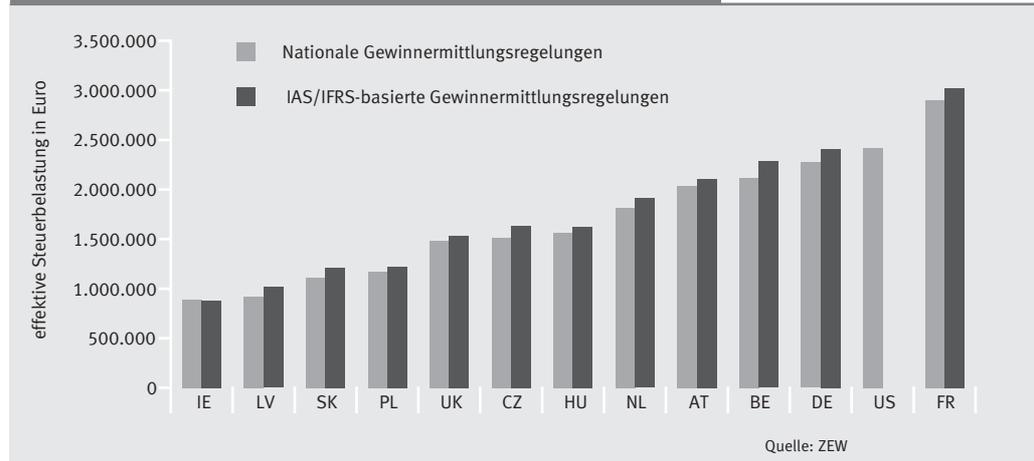
Unternehmenssteuerbelastung in Europa bei harmonisierter Bemessungsgrundlage

Die effektive Steuerbelastung von Unternehmen weist im europäischen Vergleich große Unterschiede auf. Durch eine EU-weit harmonisierte Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage auf Basis der International Accounting Standards/ International Financial Reporting Standards (IAS/IFRS) würde sich dieses zwischenstaatliche Gefälle nicht signifikant verringern. Eine derartige Harmonisierung hätte in den meisten der EU-Mitgliedstaaten zur Folge, dass die Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage verbreitert und die effektive Steuerbelastung leicht steigen würde. Dies ergeben Berechnungen des ZEW unter Verwendung des European Tax Analyzers.

In ihrem Gutachten aus dem Jahr 2001 konstatierte die Europäische Kommission, dass das unkoordinierte Nebeneinander der europäischen Steuersysteme die grenzüberschreitende Geschäftstätigkeit von Unternehmen im europäischen Binnenmarkt behindert. Diesem Misstand möchte sie durch die Einführung einer harmonisierten Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage für Konzerne in Europa abhelfen. In diesem Zusammenhang wird diskutiert, ob die IAS/IFRS, die kapitalmarktorientierte EU-Muttergesellschaften ab diesem Jahr in handelsrechtlichen Konzernabschlüssen verpflichtend anwenden müssen, als Ausgangspunkt einer harmonisierten Steuerbemessungsgrundlage dienen könnten. Dies ist auch deswegen attraktiv, da in allen Mitgliedstaaten der EU die handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften für die Ermittlung des steuerpflichtigen Gewinns maßgeblich sind.

Wie würde sich eine Harmonisierung der Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage auf Grundlage der IAS/IFRS auswirken? Dieser Frage ist das ZEW im Rahmen eines Steuerbelastungsvergleichs der zwölf EU-Mitgliedstaaten Bel-

Vergleich der effektiven Steuerbelastung auf Unternehmensebene



gien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Lettland, die Niederlande, Österreich, Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn und der Vereinigten Staaten nachgegangen. Die Berechnungen wurden mit dem European Tax Analyzer durchgeführt, der für diese Zwecke weiterentwickelt wurde.

Große Unterschiede bei effektiver Steuerbelastung

Der Vergleich der effektiven Steuerbelastungen eines für das verarbeitende Gewerbe typischen Unternehmens auf Basis der jeweiligen nationalen Regelungen zur Ermittlung der Steuerbemessungsgrundlage ergab zunächst das gewohnte Bild. Die effektiven Steuerbelastungen von Unternehmen unterscheiden sich erheblich. Am stärksten belastet werden Unternehmen in Frankreich, den USA und Deutschland. Zu den Ländern mit attraktiven steuerlichen Rahmenbedingungen zählen vor allem Irland und Lettland.

Anschließend wurden für die betrachteten EU-Mitgliedstaaten die Auswirkungen einer harmonisierten Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage auf Basis der IAS/IFRS für die effektive Steu-

erbelastung quantifiziert. Es wurden nur jene IAS/IFRS übernommen, die im Einklang mit steuerlichen Prinzipien stehen (Regelungen zu Abschreibungen, zur Vorratsbewertung und zur Ermittlung der Herstellungskosten). Regelungen zur Neubewertung auf Basis von Marktpreisen wurden hingegen nicht berücksichtigt, da sie als unvereinbar mit dem steuerlichen Realisationsprinzip gelten.

Die Ergebnisse zeigen, dass eine isolierte Harmonisierung der Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage die zwischenstaatlichen Unterschiede in der Unternehmenssteuerbelastung nicht wesentlich verringern würde. Die effektive Steuerbelastung würde sich mit Ausnahme von Irland in allen betrachteten Mitgliedstaaten leicht erhöhen, was auf die breitere Bemessungsgrundlage zurückzuführen ist. Hierdurch erhielten die Mitgliedstaaten Spielraum für Steuersatzsenkungen. Reformen, die eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage bei gleichzeitiger Senkung der tariflichen Steuersätze vorsehen, würden die Standortattraktivität der Mitgliedstaaten für Unternehmen unter steuerlichen Gesichtspunkten erhöhen.

Prof. Dr. Christoph Spengel, spengel@zew.de
Carsten Wendt, wendt@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

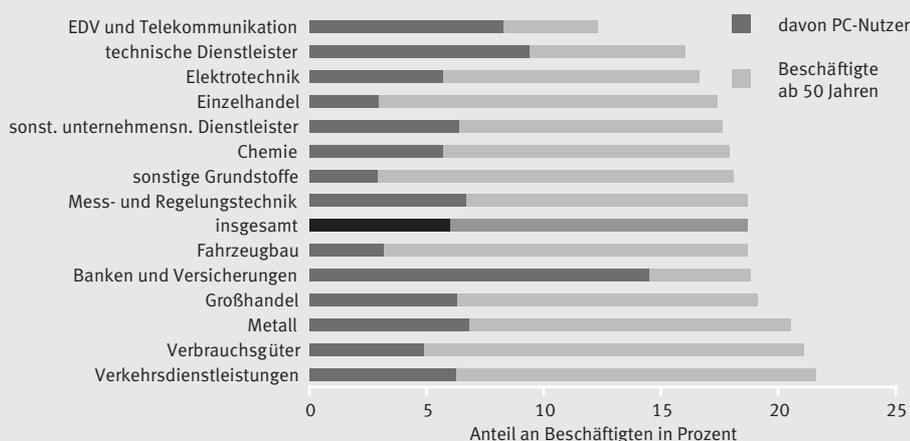
Computernutzung von älteren Beschäftigten unterdurchschnittlich

Ältere Beschäftigte in deutschen Unternehmen nutzen weitaus weniger einen Computer am Arbeitsplatz als ihre jüngeren Kollegen. Sie nehmen zudem nur selten an IT-spezifischen Weiterbildungsmaßnahmen teil. Dies zeigt eine repräsentative Befragung von rund 4.400 Unternehmen mit fünf und mehr Beschäftigten aus dem verarbeitenden Gewerbe und ausgewählten Dienstleistungsbranchen, die das ZEW im vierten Quartal 2004 mit finanzieller Unterstützung der Landesstiftung Baden-Württemberg durchgeführt hat.

Knapp ein Fünftel (19 Prozent) der Belegschaft in deutschen Unternehmen ist 50 Jahre und älter. Die Umfrage zeigt, dass nur etwa 32 Prozent der älteren Beschäftigten die Arbeit überwiegend am Computer verrichten. Damit bleiben die Älteren mit ihrem PC-Nutzeranteil am Arbeitsplatz deutlich hinter den jüngeren Beschäftigten zurück, von denen knapp 60 Prozent ihre Arbeit überwiegend am Computer erledigen. Die Bedeutung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) für die Arbeit von Älteren variiert stark zwischen den Branchen. So reichen die Anteile der PC-Nutzer von niedrigen 16 Prozent im Bereich sonstige Grundstoffe bis zu 77 Prozent bei Banken und Versicherungen.

Der wichtigste Hemmnisfaktor für die Ausstattung der Arbeitsplätze von älteren Arbeitnehmern mit IKT liegt nach Ansicht der Unternehmen darin, dass Ältere in Unternehmensbereichen tätig sind, in denen keine oder nur wenige Computer genutzt werden. Zwei Drittel (66 Prozent) der Unternehmen vertreten diese Meinung. Offenbar werden ältere Mitarbeiter eher in traditionellen Unternehmensbereichen beschäftigt. Daneben nennen 32 Prozent der Unternehmen ein zu geringes Weiterbildungsinteresse von älteren Beschäftigten hinsichtlich

Beschäftigung und PC-Nutzung von über 50-Jährigen



Lesehilfe: In der Chemie-Branche sind 18 Prozent der Beschäftigten 50 Jahre und älter. Ein Drittel dieser Beschäftigten verrichtet den überwiegenden Teil seiner Arbeit am Computer.
Anmerkung: Angaben hochgerechnet auf die der Befragung zugrunde liegende Grundgesamtheit.
Quelle: ZEW, eigene Erhebung, 4. Quartal 2004. Angaben beziehen sich auf das Jahr 2003.

Computerschulungen als Hemmnisfaktor für die Computernutzung dieser Mitarbeiter. Eine für Computertätigkeiten ungeeignete Qualifikation von Älteren (23 Prozent) sowie ihr bevorstehender Ruhestand (13 Prozent) spielen als Hemmnisfaktoren eine geringere, wenn gleich nicht unbedeutende Rolle.

Ältere nehmen kaum an IT-Weiterbildung teil

Der zunehmende Einsatz von IKT in den Unternehmen erfordert die Teilnahme der Mitarbeiter an Weiterbildungsmaßnahmen. Insgesamt haben 2003 rund 14 Prozent der Beschäftigten an IT-spezifischen Weiterbildungsmaßnahmen teilgenommen. Unter älteren Mitarbeitern ist diese Form der Weiterbildung deutlich weniger verbreitet als unter jüngeren. Sowohl im verarbeitenden Gewerbe als auch im Dienstleistungssektor haben jeweils 8 Prozent der Beschäftigten ab 50 Jahren das Angebot IT-spezifischer Weiterbildungsmaßnahmen genutzt. Diese Anteile sind bei den jünge-

ren Beschäftigten mit 14 beziehungsweise 16 Prozent etwa doppelt so hoch.

Die unterdurchschnittliche Teilnahme von Älteren an IT-Weiterbildung liegt zum einen an ihrer geringeren Computernutzung am Arbeitsplatz. So nehmen in Branchen mit einem hohen Anteil älterer Computernutzer auch mehr ältere Beschäftigte an IT-Weiterbildung teil. Die altersbedingten Weiterbildungsunterschiede können jedoch auch darauf zurückzuführen sein, dass der Anreiz für Arbeitgeber, in die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter zu investieren, bei älteren Beschäftigten allgemein geringer ist, da die Zeitspanne für die Amortisierung dieser Investition aufgrund des bevorstehenden Renteneintritts relativ kurz ist. Dabei bleibt jedoch unberücksichtigt, dass der Erwerb von Computerkenntnissen und der anschließende berufliche Umgang mit dem Computer einen enormen Motivationsschub für ältere Beschäftigte bedeuten können, der ihre Produktivität erhöhen und einen vorzeitigen Renteneinstieg verhindern kann.

Katrin Schleife, schleife@zew.de

ZEW SUMMER WORKSHOP

ZEW Summer Workshop: Erweiterung der Europäischen Währungsunion

Ökonomische Fragen der Erweiterung der Europäischen Währungsunion um die neuen EU-Mitglieder Osteuropas standen im Mittelpunkt des diesjährigen ZEW Summer Workshops. Die Veranstaltung, die finanziell von der Stiftung Geld und Währung unterstützt wurde, bot 16 Nachwuchswissenschaftlern aus Ost- und Westeuropa Gelegenheit, ihre Arbeiten vorzustellen, zu diskutieren und von erfahrenen Wissenschaftlern Ratschläge für die weitere Arbeit zu erhalten.

Neben den Präsentationen des wissenschaftlichen Nachwuchses waren Überblicks-Vorlesungen zu verschiedenen Dimensionen der Fragestellungen die zweite Säule der Veranstaltung. Prof. Paul de Grauwe von der Universität Löwen beleuchtete neuere Entwicklungen auf dem Gebiet der Theorie der optimalen Währungsräume. Er unterstrich dabei, dass viele der Kriterien zur Bestimmung eines optimalen Währungsraums einen endogenen Charakter haben, weil der Übergang zur Währungsunion selber einen wichtigen Integrationsschub mit sich bringt. Prof. Sylvester Eijffinger von der Universität Tilburg setzte sich ausführlich mit Fragen der Zentralbankpolitik und der wechselkurspolitischen Flankierung des Übergangs zur Währungsunion in den osteuropäischen Staaten auseinander. Prof. Claudia Buch von der Universität Tübingen schließlich bot einen ausführlichen Überblick über die neueste Literatur zur Theorie und Empirie der internationalen Kapitalmobilität.

Theorie optimaler Währungsräume

Ein besonderer Höhepunkt im Vorlesungsprogramm war der Vortrag von Ronald McKinnon von der Stanford University, der in den 1960er Jahren maßgeblich zur Entwicklung der Theorie optimaler Währungsräume beigetragen

hat. Er behandelte in seiner Analyse die Frage, inwieweit eine Freigabe oder zumindest kontrollierte Aufwertung der chinesischen Währung geeignet wäre, das US-Leistungsbilanzdefizit zu verringern. McKinnons Antwort fiel skeptisch aus: Da eine Abwertung des US-Dollars aufgrund der enormen Dollar-Devisenreserven Chinas der chinesischen Volkswirtschaft einen substantiellen Vermögensverlust bescheren würde, wäre mit

einer Verringerung der chinesischen Importe zu Lasten der US-Leistungsbilanz zu rechnen.

Abgerundet wurde der Summer Workshop durch einen Besuch bei der Deutschen Bundesbank, bei dem Dr. Andreas Worms vom Forschungszentrum der Deutschen Bundesbank einen ausführlichen Einblick in aktuelle Fragen der europäischen Geldpolitik gab.

Dr. Friedrich Heinemann, heinemann@zew.de

Zweiter Heinz-König-Young-Scholar-Award an Uwe Böwer vergeben

Zum Abschluss des ZEW Summer Workshops 2005 wurde der Heinz-König-Young-Scholar-Award für das beste Papier der Veranstaltung vergeben. In diesem Jahr wurde die Auszeichnung Uwe Böwer, Doktorand an der Universität München, zuerkannt. Die mit einem Preisgeld in Höhe von 5.000 Euro und einem Forschungsaufenthalt am ZEW verbundene Auszeichnung erinnert an Heinz König, den Gründungsdirektor des ZEW. Sponsor des Preises war in diesem Jahr die Fuchs Petrolub AG, Mannheim.

In seinem prämierten Papier „An Empirical Analysis of Stochastic Trends and Cycles in Central and Eastern Europe and the Euro Area“ beschäftigt sich Böwer mit der Frage, inwieweit sich die neuen EU-Staaten (sowie Kroatien und die Türkei) bereits in einem Wachstumsverbund mit Westeuropa befinden. Dabei untersucht er Fragen der Wachstumskonvergenz und der Synchronität der Konjunkturzyklen zwischen West- und Osteuropa. Sein Analyseinstrumentarium geht deutlich über Standardverfahren der Zeitreihenökonomie hinaus, sodass er bislang unbeachtete Feinheiten des Wachstumszusammenhangs aufdeckt. Beispielsweise verbessert er üblicherweise verwendete Kointegrationsanalysen um eine explizite Berücksichtigung saisonaler Muster der

betrachteten Zeitreihen. Außerdem beschränkt sich Böwer nicht darauf, zeitgleiche Zusammenhänge zwischen den Konjunkturzyklen zu identifizieren, sondern bezieht auch die Möglichkeit zeitlich versetzter Muster in seine ökonometrische Analyse ein. Im Ergebnis findet der Münchner Ökonom auf Basis der Erfahrungen der zurückliegenden zehn Jahre



Uwe Böwer (Universität München, links) und Hubertus Stärk (Fuchs Petrolub AG) bei der Preisverleihung.

Hinweise für einen in diesem Zeitraum nur begrenzten Wachstumsverbund. Seine wirtschaftspolitische Schlussfolgerung lautet, dass eine Erweiterung der Eurozone nur mit Vorsicht erfolgen sollte und dass der Erweiterungsprozess in realer Hinsicht noch nicht abgeschlossen ist. Hubertus Stärk, Pressesprecher der Fuchs Petrolub AG, würdigte in seiner Laudatio den methodischen Tiefgang und die wirtschaftspolitische Relevanz der Arbeit.

TERMINE

■ **Heterogenous Labour and Education**

12. bis 13. September 2005 am ZEW

Die DFG-Forschergruppe „Heterogene Arbeit: Positive und normative Aspekte der Qualifikationsstruktur“, eine von der DFG finanzierte interdisziplinäre Arbeitsgruppe der Universität Konstanz und des ZEW, untersucht in neun Einzelprojekten die Ursachen und Konsequenzen der Verschiebung der Qualifikationsstruktur der Arbeit, darunter vor allem auch die Rolle des Bildungssystems. Im September 2005 richtet die Forschergruppe am ZEW eine Konferenz zu diesem Thema aus. Ziel ist es, die Forschungsergebnisse der ersten Projektphase von 2002 bis 2005 zu präsentieren und zu diskutieren.

Ansprechpartner:

PD Dr. Friedhelm Pfeiffer, Telefon 0621/123-150, E-Mail pfeiffer@zew.de

■ **2nd ZEW Conference on the Economics of Innovation and Patenting**

19. bis 20. September 2005 am ZEW

Innovationsquellen: FuE-Externalitäten · Erfinder- und Branchenstudien · Organisation innovativer Unternehmen

Auswirkungen von Innovationen: Produktivität und Unternehmenserfolg · Grundlagenpatente (Genforschung und Medikamente)

Finanzierung von Innovationen: öffentliche versus private Finanzierung · FuE-Subventionen und steuerliche Förderung · Risikokapital, Eigenkapital und Kredite · Bewertung von Technologiepolitik

Wohlfahrtseffekte der Patentpolitik: Breite, Höhe und Länge des Patentschutzes · Patentierungsstrategien · Durchsetzung von Patentrechten

Referenten:

Philippe Aghion (Université Paris I, Panthéon-Sorbonne)
Iain Cockburn (Boston University School of Management)
David Encaoua (Harvard University)
Alfonso Gambardella (University of Bocconi)
Rachel Griffith (UCL and IFS London)
Dominique Guellec (European Patent Office)
Bronwyn H. Hall (University of California, Berkeley)
Dietmar Harhoff (INNO-tec, Universität München)
Donald Siegel (Rensselaer Polytechnic Institute, Troy)
Manuel Trajtenberg (Tel-Aviv University)

Ansprechpartner:

Dr. Patrick Beschoner, Telefon 0621/1235-301, E-Mail beschoner@zew.de

■ **European Conference on Long-Term Care**

21. bis 22. Oktober 2005 am ZEW

Das Ziel der Konferenz besteht darin, aktuelle Forschungsbeiträge zum Thema Pflege und Pflegeversicherung zu diskutieren. Erwünscht sind theoretische, empirische, experimentelle und politikorientierte Arbeiten.

Referenten:

Edward C. Norton (University of North Carolina)
Satoshi Shimizutani (Hitotsubashi University, Tokio)
Peter Zweifel (Universität Zürich)
Roland Eisen (Universität Frankfurt am Main)

Ansprechpartner:

PD Dr. Alexander Spemann, Telefon 0621/1235-151, E-Mail spemann@zew.de

ZEW DISCUSSION PAPERS

No. 05-38, Jacqueline Haverals: IAS/IFRS in Belgium: Quantitative Analysis of the Impact on the Tax Burden of Companies.

No. 05-39, Dan Stegarescu: Costs, Preferences, and Institutions: An Empirical Analysis of the Determinants of Government Decentralization.

No. 05-40, Alexandra Spitz: The Effects of Changes in the Unemployment Compensation System on the Adoption of IT by Older Workers.

No. 05-41, Katrin Hussinger: Did Concentration on Core Competencies Drive Merger and Acquisition Activities in the 1990s?

No. 05-42, Klaus Conrad, Henrike Koschel, Andreas Löschel: Not Employed 37 Hours or Employed 41? – A CGE Analysis for Germany.

No. 05-43, Reinhard Hujer, Dubravko Radic, Evaluating the Impacts of Subsidies on Innovation Activities in Germany.

No. 05-44, Andreas Ammermüller: Educational Opportunities and the Role of Institutions.

No. 05-45, Giorgio Brunello, Charlotte Lauer: Are Wages in Southern Europe more Flexible? The Effects of a Cohort Size on European Earnings.

No. 05-46, Dan Stegarescu: Centralizing Tendencies in the Public Sector in Germany.

No. 05-47, Andrew A. Toole, Dirk Czarnitzki: Biomedical Academic Entrepreneurship Through the SBIR Program.

No. 05-48, Christoph Grimpe: Erfolgreiche Forschung und Entwicklung nach Unternehmensakquisitionen: Eine empirische Untersuchung der Post Merger Integrationsprozesse.

No. 05-49, Ulrich Kaiser, Hans Christian Kongsted: Do Magazines' "Companion Websites" Cannibalize the Demand for the Print Version?

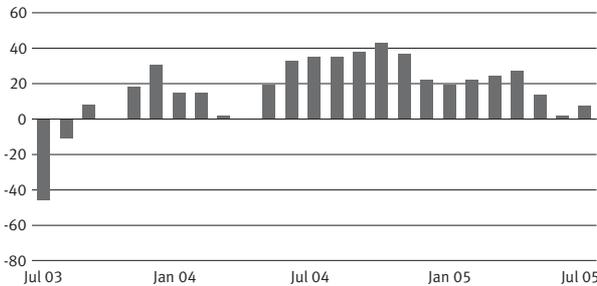
No. 05-50, Michael Schröder: Is there a Difference? The Performance Characteristics of SRI Equity Indexes.

No. 05-51, Matthias Köhler: International Capital Mobility and Current Account Targeting in Central and Eastern European Countries.

No. 05-52, Julia Häring: The Virtual Location of E-Tailers: Evidence from a B2C E-Commerce Market.

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im Juli

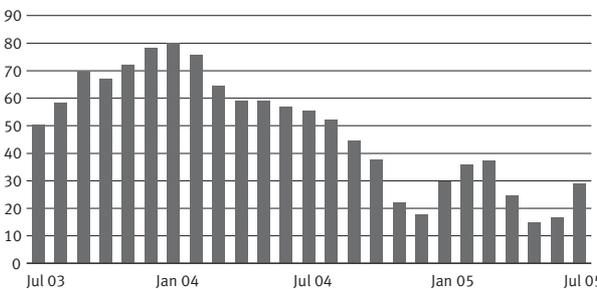


Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

Hoher Ölpreis nährt Inflations Sorgen

Der hohe Ölpreis dürfte die Inflation im Euroraum antreiben und verringert den Zinssenkungsspielraum der EZB. Entsprechend erwartet jeder vierte Experte, dass sich die Inflation mittelfristig beschleunigt. Mit einer baldigen Zinssenkung rechnen daher nur noch 6 Prozent der Experten. Die große Mehrheit von 82 Prozent geht hingegen davon aus, dass die EZB den Zins von 2,0 Prozent in den nächsten sechs Monaten nicht verändert. Wegen der schlechten Konjunkturerholung im Euroraum dürfte dies im Interesse der Konjunkturerholung sein.

Volker Kleff, kleff@zew.de



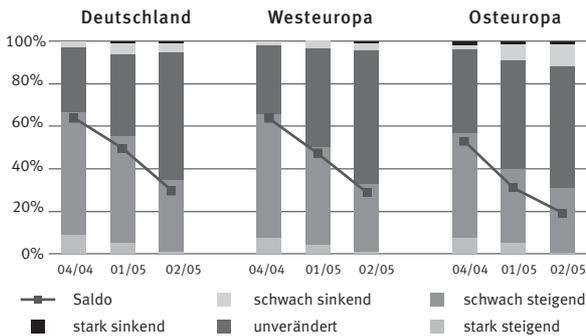
Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

Konjunktur im Euroraum: US-Daten beflügeln

Die ZEW-Konjunkturerwartungen für den Euroraum sind im Juli deutlich gestiegen. Der Saldo aus Optimisten und Pessimisten bezüglich der konjunkturellen Lage in sechs Monaten liegt bei +29,0 Punkten (Juni: +16,7 Punkte). Trotz weiter steigender Ölpreise dürften im Juli die positiven Konjunkturmeldungen aus den USA zu der optimistischeren Einschätzung der Konjunkturerholung im Euroraum maßgeblich beigetragen haben. Zudem freuen sich die europäischen Exporteure über Wettbewerbsvorteile aufgrund des schwächeren Eurokurses.

Volker Kleff, kleff@zew.de

Dämpfer für Preise auf den Kurier-, Express- und Paketdienst-Märkten

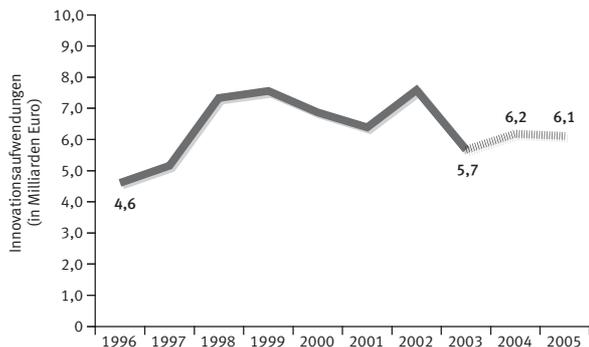


Quelle: ZEW

Die Experten des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW nehmen die Preissteigerungserwartungen auf den Kurier-, Express- und Paketdienst-Märkten zurück. Während vor sechs Monaten noch je nach Markt 57 bis 67 Prozent der Experten steigende Preise erwarteten, sind es jetzt nur noch etwa halb so viele. Dies hängt damit zusammen, dass die Preiserhöhungen durch die Maut schon überwiegend realisiert wurden. Momentan dominiert die Erwartung konstanter Preise, wobei für Osteuropa, wahrscheinlich durch die kostengünstige Konkurrenz, sogar 13 Prozent der Experten von fallenden Preisen ausgehen.

Dr. Jörg Breitscheidel, breitscheidel@zew.de

Innovationsaufwendungen bei Banken und Versicherungen stark zurückgegangen



Quelle: ZEW

Die Innovationsaufwendungen der Banken und Versicherungen nahmen 2003 im Vergleich zum Vorjahr deutlich ab. Mit rund 5,7 Milliarden Euro gab das deutsche Kredit- und Versicherungsgewerbe 2003 gut 1,9 Milliarden Euro weniger für neue Produkte und Prozesse aus als 2002. Dies spiegelt die allgemeinen Kostensenkungsanstrengungen der Banken und die ungünstige Wirtschafts- und Ertragslage wider. Nach drei Jahren der wirtschaftlichen Stagnation in Deutschland hat sich die Bereitschaft, in Zukunftsprojekte zu investieren, stark verringert. 2004 und 2005 sollen die Innovationsaufwendungen aber wieder steigen.

Heide Löhlein, loehlein@zew.de

STANDPUNKT



Europa

Die Ablehnung des Europäischen Verfassungsvertrags durch die Wähler in Frankreich und in den Niederlanden sowie die Aussetzung der Volksabstimmung im Vereinigten Königreich haben in politischen Kreisen große Bestürzung und hektische Ursachenforschung ausgelöst. Zu Kassandrarufen über die Zukunft Europas besteht indes wenig Anlass, und erst recht sollte man sich vor politischen Schnellschüssen hüten, wie etwa eine Union in der Europäischen Union zwischen Deutschland und Frankreich als Vehikel eines Protektionismus.

Zunächst belegen die Erfahrungen insbesondere in Frankreich, wie berechtigt die Vorbehalte gegen Volksabstimmungen sind. Denn nach Ansicht zahlreicher politischer Beobachter war die Abstimmungsniederlage zumindest in Frankreich in einem beachtlichen Umfang von einer Abstrafung der Regierung motiviert. Mit anderen Worten, bei Referenden besteht die Gefahr, dass nicht über den eigentlichen Sachverhalt entschieden oder dieser zumindest mit sachfremden Erwägungen verquickt wird, wie es gelegentlich bei früheren Volksabstimmungen in anderen Ländern zu beobachten war. Deutschland ist von daher gesehen gut beraten, sich des Instruments von Volksabstimmungen auch künftig nicht zu bedienen.

Als Motiv für die Ablehnung wird häufig eine „Europamüdigkeit“ genannt, nicht zuletzt verursacht durch eine „Regelungswut der Bürokraten in Brüssel“. Damit ist der Prügelknabe schnell gefunden. Doch Vorsicht: Die Mehrzahl der häufig kritisierten und – mitunter nicht ganz zu Unrecht – ins Lächerliche gezogenen Richtlinien der EU-Kommission hat ihren Ursprung in einschlägigen Begehren seitens der Mitgliedsländer, die ihrerseits mitunter diesbezüglichen Forderungen heimischer Interessengruppen nachkommen. Bei den Schuldzuweisungen an die EU-Kommission empfiehlt es sich mithin, erst einmal vor der eigenen Tür zu kehren. Dies kann durchaus einhergehen mit einer stärkeren Betonung des Subsidiaritätsprinzips. Man muss nicht alles standardisieren, sondern kann darauf vertrauen, dass sich im Wettbewerb der institutionellen Regelungen die optimale Lösung durchsetzen wird.

Mindestens ebenso wichtig scheint als Ablehnungsmotiv die „Angst vor der Globalisierung“ zu sein, welche viele Menschen bewegt und von verschiedenen Gruppierungen kräftig geschürt wird, auch hierzulande. Die damit verbundenen Befürchtungen der Leute sollten sehr ernst genommen werden. Denn wie ein Blick in die Wirtschaftsgeschichte zeigt, sind bereits in früheren Jahrhunderten Globalisierungen genau daran gescheitert, dass sich Interessengruppen dieser Sorgen der Menschen bemächtigten, um daraus politisches Kapital zu schlagen.

Es kommt in diesem Zusammenhang darauf an, die Vorteilhaftigkeit der weltweiten Integration der Märkte allgemein verständlich zu vermitteln, ohne zu verschweigen, dass es auch Verlierer der Globalisierung gibt. Diese hat es schon immer gegeben und nicht erst auf Grund der Tätigkeit polnischer Fleischer in Deutschland. Der Niedergang der Textilindustrie auf der Schwäbischen Alb oder der Schuhindustrie in der Pfalz belegt dies beispielhaft. Den Verlierern müssen in Form von zeitlich begrenzten Anpassungshilfen genügend Anreize gewährt werden, sich beruflich umzuorientieren, soweit dies möglich ist, ansonsten müssen die Systeme der Sozialen Sicherung einspringen.

Auf jeden Fall ist Protektionismus die falsche Antwort. Daher sollte man sehr genau beobachten, was es mit der vom französischen Premierminister in die öffentliche Diskussion gebrachten Union Deutschland und Frankreich konkret auf sich hat. Beide Länder sind nicht frei von dem Verdacht, gelegentlich wettbewerbsbeschränkenden Versuchungen zu erliegen, ob diese nun Entsendegesetze oder nationale Champions heißen. Eine Union in der Europäischen Union als Bollwerk gegen den internationalen Standortwettbewerb wäre nun wirklich das Allerletzte, was wir brauchen. Vielleicht ist diese Sorge unberechtigt – umso besser.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,
L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de
Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2005